

Kanton Südtirol – Utopie oder Modell?

Volksabstimmungen, Einfluss auf die politischen Prozesse, Gemeindeautonomie im Sinne des Subsidiaritätsprinzips: Sind diese für die Schweiz typischen Eigenschaften der Konkordanzdemokratie und des Föderalismus auch in Südtirol denkbar?

Als Südtiroler schaffen wir es nicht einmal – vergleiche Brixen und Mals – zwei Volksabstimmungen durchzuführen, ohne dass sich nachher die Gemeinden als zerstritten darstellen, Ausschüsse ihre Funktionen einstellen und Fraktionen sich von den Stadtgemeinden abspalten wollen. Was braucht es, um direkte Demokratie überhaupt leben zu können?“ Diese Frage wurde im Rahmen des 6. Global Forum Südtirol (GFS) per E-Mail an Landeshauptmann Arno Kompatscher sowie den Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor des Kantons Zug, Matthias Michel, gestellt. Diese Frage ließ aber auch die restlichen rund 300 Gäste und vier Referenten am 3. Oktober aufhorchen – gefolgt von einem Murren, das sich durch die Reihen der Aula Magna der Freien Universität Bozen zog.

Autonomie mit Macken. Die Rahmenbedingungen waren folgende: „Das Global Forum Südtirol ist eine unabhängige und offene Denkfabrik, um Impulse von außen, aber auch von innen für die Zukunft Südtirols zu generieren. Und zwar in unterschiedlichen Bereichen – ob kultur-, gesellschafts- oder wirtschaftspolitisch.“ So beschreibt Christian Girardi das 2009 gegründete Forum. Seitdem werden alljährlich Persönlichkeiten und Entscheidungsträger aus dem In- und Ausland sowie führende Vertreter der Südtiroler Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Politik geladen, um das GFS als Plattform zu nutzen und zu diskutieren.

Heuer stand die Veranstaltung unter dem Motto „Kanton Südtirol – Utopie oder Modell?“. Dabei wurden folgende Themen von den Referenten aus dem In- und Ausland in Hinblick auf das Schweizer Erfolgsmodell her-



Francesco Palermo, Matthias Michel, Elisa Valentin, Arno Kompatscher, Gerlinde Manz-Christ, Reiner Eichenberger und Christian Girardi beim GFS in Bozen

vorgehoben: Kollegiale Regierungsführung und Konkordanz, genossenschaftliches Staatsverständnis, Gemeindeautonomie und Föderalismus, Wettbewerb der Gebietskörperschaften, direkte Demokratie, Eigenverantwortung und liberale Wirtschaftspolitik. Abgerundet wurde die Diskussion durch die Vorstellung des Modells der kanadischen Provinz Québec.

„In den letzten Jahrzehnten wurde immer von der Europa-region Tirol als Zukunftsmodell für Südtirol diskutiert. Unser Ziel war es, diese Diskussion um jene des Schweizer Kantonsmodells zu bereichern, von dem wir in vielen Aspekten viel dazulernen können“, so Christian Girardi während seiner Eröffnungsrede.

Südtirol solle „weder verkauft, verschenkt noch durch Heirat einem anderen Land angegliedert werden“, beginnt die Moderatorin Gerlinde Manz-Christ ihre einführenden Worte. Es gehe darum, das Modell eines Nachbarlandes – der Schweiz – unter die Lupe zu nehmen und anzuschauen, „ob Teile daraus oder das gesamte Modell

unter Umständen für die Provinz Südtirol mit ihrem Autonomiestatut interessant sein könnten“. Das Forum ziele also nicht darauf ab, Südtirol komplett umzukrempeln, sondern die unterschiedlichen Möglichkeiten und Perspektiven auszuloten.

Laut Landeshauptmann Arno Kompatscher komme diese Debatte genau zum richtigen Zeitpunkt, „in einem Moment, wo die Südtiroler Autonomie in Frage gestellt wird. Es ist auch deshalb der richtige Moment, weil wir jetzt darüber diskutieren, unsere Autonomie weiterzuentwickeln, zu renovieren.“ Dies sei nach der Verfassungsreform von 2001 auch nötig, da die Autonomie einige Macken abbekommen habe. „Der Verfassungsgerichtshof hat in seiner Rechtsprechung im Zweifelsfall für die Zuständigkeit des Staates entschieden. Deshalb müssen wir jetzt diese zweite Reform – die Renzi-Reform – als Gelegenheit nutzen, um das zu reparieren“, verdeutlicht der Landeshauptmann. „Das Land Südtirol hat eine weitreichende Selbstver-

waltung, die das Land in den vergangenen Jahrzehnten in langen Verhandlungen mit der römischen Zentralregierung errungen hat. Im Gegensatz zur Schweiz ist es uns aber noch nicht gelungen, diese Autonomie auf alle Ebenen zu übertragen. In Südtirol wird sehr viel von oben bestimmt. Wir wollen daher eine institutionelle Reform anstoßen, die den Gemeinden mehr Zuständigkeiten überträgt. Das ist sicher etwas, was wir von der Schweiz lernen können“, erläutert Kompatscher.

Wer hat's erfunden? Blicken wir doch einmal über den Tellerrand hinaus und schauen, was unsere Nachbarn in der Schweiz so besonders macht. Die demokratische und föderale Struktur des Landes hat sich in einer jahrhundertelangen Entwicklung gebildet. „Das Selbstverständnis, ein freier Staat zu sein und als freier Staat sich mit anderen zu verbünden, ist prägend für die Schweiz“, erklärt Matthias Michel im Rahmen des GFS. Selbstbestimmung, Selbstverwaltung im Sinne des Subsidiari-

tätsprinzips und Selbsthilfe – das sind die drei Säulen, auf die das System Schweiz aufgebaut ist. Der Punkt Selbstbestimmung vereint die Gemeinde- und die Kantonsautonomie sowie die direkte Demokratie in sich. Was in unseren Gefilden als Ausnahme von der Regel gehalten wird, ist für die Schweizer ganz normal: Jedes Quartal stehen nämlich Volksabstimmungen an, bei denen die Bürger gegen oder für Gesetzeserlasse abstimmen können. Die Durchführung von Referenden ist neben den Volksinitiativen, die auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene durchgeführt werden können, das zentralste Element der direkten Demokratie. Durch die Säule „Selbstverwaltung“ obliegt es jedem Kanton selbst, sich in folgenden Bereichen zu organisieren: Wie werden die Aufgaben innerhalb des Kantons aufgeteilt? Wie sind die Behörden gestaltet, und auf welche Art wird das Bundesrecht vollzogen? Die dritte Säule – die Selbsthilfe – regelt die Steuerautonomie der einzelnen Kantone und deren Umgang mit personellen Ressourcen für Behörden. „Nur diejenigen Aufgaben gehören zentral dem Bund, die die einzelnen Kantone nicht aus eigener Kraft bewältigen können“, fasst Michel zusammen.

Konkurrenz und Vertrauen. Dieses gut funktionierende System, bei dem jedes Rad ineinandergreift wie bei einem Schweizer Uhrwerk, wurde bereits von anderen Ländern als Vorbild genommen. „1890 haben die Bundesstaaten der USA damit begonnen aus der Schweiz die direkte Demokratie zu übernehmen, um dort die grassierende Korruption zu bekämpfen – und das hat sofort funktioniert“, erklärt Reiner Eichenberger, Ökonom und Profes-

sor an der Universität Fribourg. Er unterstreicht auch die Bedeutung der partizipativen Demokratie. „Starke Dezentralisierung, große Gemeindeautonomie und viel direkte Demokratie bringen Wohlstand, Rechtssicherheit und gute Politik.“ Sie können, so Eichenberger, leicht auch auf Südtirol übertragen werden: „Sie setzen keine spezielle Kultur voraus, sondern sie schaffen sich die Kultur selbst. Natürlich gibt es damit auch Probleme, aber diese sind zumeist kleiner als die Probleme mit reiner repräsentativer Demokratie und Zentralisierung.“ Eichenberger hebt im Rahmen des GFS insbesondere auch das Konkurrenzdenken innerhalb der Kantone hervor: „Wenn der Wettbewerb zwischen den Kantonen so wichtig ist – und das ist er –, dann sollte eben nicht über einen einzigen Kanton Südtirol nachgedacht werden, sondern lieber darüber, dass man mehrere Kantone schafft“, denn: „Kantone im Wettbewerb müssen sich stets hinterfragen.“ Wenn dies italienweit nicht möglich sein sollte, so könnte Südtirol das Kantonsmodell übernehmen: In enger Absprache mit der Bevölkerung könnte Südtirol über seine eigenen Einnahmen und auch Ausgaben befinden. Im Bewusstsein, dass sich die Provinz in einem Standortwettbewerb befindet, würde Südtirol seine eigenen Steuern beschließen und auch, wohin diese fließen werden.

Ein gewisses Konkurrenzdenken existiert auch in Südtirol – ist dann aber eher unter den Parteien zu finden. Arno Kompatscher: „Die kollegiale Regierungsführung in der Schweiz ist der größte Unterschied zu unserem System. Wir haben die Regierung und auf der anderen Seite die Opposition, die kontrolliert.“ In der Schweiz hat man hingegen die

Konkordanzdemokratie – eine Gesellschaftsform, in der eine möglichst große Zahl von Akteuren in den politischen Prozess einbezogen wird. Eine eigentliche Opposition gibt es nicht, da sämtliche wichtige Parteien in den Regierungsgremien vertreten sind. In Südtirol hingegen gebe es die Konkurrenzdemokratie, wo nach den Wahlen über eine Koalition die Mehrheit gesichert wird. „Die Gewinner regieren, die Verlierer bilden die Opposition. Das ist deshalb blöd, weil die Opposition immer gegen die Regierung sein wird und versucht, diese mit entsprechenden Botschaften zu zerstören, anstatt konstruktiv zu agieren“, meint dazu Reiner Eichenberger.

Was die Zerrissenheit innerhalb von Gemeinden und Gemeinschaften während und nach Volksabstimmungen anbelangt, so existiere diese durchaus auch in der Schweiz, sagte Matthias Michel: „Wir zerreißen uns zwar im Moment, aber irgendwann legt sich das, und die Wolken lichten sich.“ Um direkte Demokratie leben zu können, brauche es vor allem Erfahrung – und auch Vertrauen in die Institutionen und

deren Mitglieder. Landeshauptmann Kompatscher verortet auch gerade hier eines der schwerwiegendsten Probleme von Südtirol: „Es ist eine Tatsache, dass in Südtirol ein großer Vertrauensverlust gegenüber der Politik im Allgemeinen und gegenüber den Institutionen stattgefunden hat. Wenn man gewisse Dinge in Frage stellt, zum Beispiel auch nur die Fragestellung einer Volksabstimmung, dann wird gleich vermutet, dass man etwas gegen direkte Demokratie habe.“

„Drei Dinge können wir von der Schweiz lernen“, fügte Francesco Palermo, parteiloser Senator der italienischen Republik, hinzu, „Föderalismus, Föderalismus und nochmals Föderalismus. Wir sollten aber mehr Mut zum Experimentieren haben, Mechanismen zur Korrektur der Fehler einführen und die repräsentative und direkte Demokratie durch starke Elemente der partizipativen Demokratie ergänzen – das ist das einzige System, mit dem Minderheiten jeder Art wirklich integriert und geschützt werden können.“ ■

veronika.kerschbaumer@brixner.info

[Leserbrief an: echo@brixner.info](mailto:Leserbrief.an:echo@brixner.info)

„Mein Haus ...

... ist ein Fertighaus aus Ziegeln!“



ALP GmbH

Karl von Etzel Str. 6

I - 39049 Sterzing

T +39 0472 767 111

info@alphase.it

www.alphase.it

VERTRÄGE
IMMOBILIENVERMITTLUNG
ERBSCHAFTEN
SCHÄTZUNGEN
UNTERNEHMENS- UND HOFÜBERGABEN

RUND UM IMMOBILIEN UND RECHT:
DR. JUR. HANNES WILLEIT

willeitimmojus
 Verträge - Erbschaften & Immobilien

VAHRN, Eisackstraße 1 - Löwecenter · STERZING, St. Margarethenstraße 46
 Tel.: 0472 970690 | Mobil: 349 7761878 | info@willeitimmojus.it | Terminvereinbarung erbeten
www.willeitimmojus.it